

Ausschuß „Ärztinnen“

Diskussionen um mehr Teilzeitarbeit und die Versorgungswerke

„Die Situation der Ärztinnen hat sich infolge der Gesetzgebung eher verschlechtert“ – so beurteilte Dr. med. Elisabeth Hauenstein die Berufschancen ihrer Kolleginnen am 7. März in Köln. Anlaß war die erste Sitzung der neu zusammengesetzten Gremien Ausschuß und Ständige Konferenz „Ärztinnen“ der Bundesärztekammer, deren Vorsitzende sie ist. Durchgängiges Thema der Teilnehmerinnen waren die Benachteiligungen von Ärztinnen im Medizinbetrieb – und die Suche nach Lösungsansätzen in schwierigen Zeiten.

Da sich Ausschuß und Ständige Konferenz „Ärztinnen“ der Bundesärztekammer gerade wieder neu formiert haben, bat die Vorsitzende, Dr. med. Elisabeth Hauenstein, ihre Kolleginnen aus den Landesausschüssen zunächst um einen Lagebericht aus der eigenen Kammer. Mehrere Teilnehmerinnen berichteten, daß das Interesse von Ärztinnen an Wiedereinstiegskursen deutlich abgenommen hat, so Dr. med. Eva Müller-Dannecker (Berlin), Dr. med. Angelika Koßmann (Hamburg) und Dr. med. Petra S. Börner-Klimesch (Baden-Württemberg). Vermutlich räumen sich viele Ärztinnen überhaupt keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt ein. Dennoch lassen einige Kammern und KVen nicht locker: In Berlin gibt es eine Kontaktstelle für arbeitslose Ärztinnen und Ärzte, in Südbaden eine Art Stellenbörse: gesammelt und vermittelt werden Angebote und Nachfragen.

Bessere Situation in den neuen Ländern

Auch in Bremen wird überlegt, sich innerhalb der Ärztekammer selbst mehr um die Stellenvermittlung zu kümmern, berichtete Dr. med. Ursula Auerswald, seit kurzem Kammerpräsidentin. Da das Monopol der Arbeitsämter aufgehoben ist, sei das einer Kammer zumindest leichter möglich als zuvor. In einigen Bundes-

ländern gibt es auch Bestrebungen, sich für die Teilung von Kassenarztsitzen stark zu machen und sich für mehr Teilzeitstellen innerhalb der Weiterbildung einzusetzen.

Während der Sitzung wurde deutlich, daß Ärztinnen in Ostdeutschland seltener arbeitslos sind als Ärztinnen im Westen. Das liegt vermutlich daran, daß viele von ihnen sich leichter qualifizieren konnten: Das Aus- und Weiterbildungssystem der DDR habe vielen Ärztinnen einen „geraderen“ Berufsweg ermöglicht, meinte Dr. med. Anneliese Geyer aus Thüringen, die diesen Fragen nachgegangen ist. Folglich war „die Fachärztin“ kein solches Pro-

blem wie in Westdeutschland. In Thüringen sollen für Ärztinnen demnächst berufsbegleitende Seminare angeboten werden zu Themen wie optimale Arbeitszeiteinteilung, Rhetorik, Mitarbeiterführung etc., berichtete sie weiter.

Heftig diskutiert wurde erneut über die berufsständischen Versorgungswerke. Während mancherorts (beitragslose) Kinderbetreuungszeiten von Ärztinnen anerkannt werden, ist dies anderswo nicht der Fall. Unterschiedlich wird auch die Art der Anerkennung gehandhabt: Einige Versorgungswerke senken, grob vereinfacht dargestellt, die Rentenanwartschaft lediglich nicht ab, andere dynamisieren sie sogar. Um besser verhandeln zu können, wollen sich die Ärztinnen nun einen genauen Überblick über die unterschiedlichen Regelungen innerhalb Deutschlands verschaffen.

Anträge für den Deutschen Ärztetag

Vorbereitet wurden auch mehrere Anträge, die während des Deutschen Ärztetags eingebracht werden sollen. Unter anderem wollen sich die Ärztinnen dafür einsetzen, daß das Praktische Jahr für maximal zwölf Monate unterbrochen werden kann, falls eine Medizinstudentin Mutter wird. Bisher sind 20 Fehltag möglich. Dem Entschluß gingen lebhaft Diskussionen voraus, was die beste Lösung zwischen berechtigten Qualitätsanforderungen und der Rücksicht auf junge Mütter sein könne.

Weiter wollen Mitglieder von Ausschuß und Ständiger Konferenz „Ärztinnen“ erreichen, daß Beschneidungen, vor allem an afrikanischen Mädchen praktiziert, in Deutschland unter Strafe gestellt werden. Mit diesem Thema werden Ärzte und Ärztinnen längst konfrontiert, denn derart verstümmelte Mädchen und Frauen leben auch in der Bundesrepublik. Angestoßen wurde dieses Thema von Sanitätsrätin Dr. med. Renate Dessauer (Saarland). Sie will damit entsprechende Bemühungen von Christa Müller unterstützen, der Frau des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Frank Burger/Sabine Dauth



Dr. med. Elisabeth Hauenstein engagiert sich auch für die beruflichen Belange von Ärztinnen.
Foto: Bernhard Eifrig